



Frau Demes begrüßt die Referentinnen Frau Ingrid Salthammer, Sprecherin der AG Täterarbeit des Runden Tisches GewAlternativen, und Frau Sonja Schaten, BBS Ahaus, sowie Herrn Andreas Purz, Gewaltberater beim Verein „Männer gegen Männergewalt Euregio e.V.“ in Nordhorn.

## A. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Darstellung der Täterarbeit des Runden Tisches GewAlternativen**  
**Referentin: Ingrid Salthammer, Sprecherin der AG Täterarbeit des Runden Tisches GewAlternativen**  
**Referent: Andreas Purz, Gewaltberater beim Verein "Männer gegen Männergewalt Euregio e.V." in Nordhorn**

---

**Frau Salthammer**, Sprecherin der AG Täterarbeit, berichtet, der Runde Tisch gegen häusliche Gewalt im Kreis Borken – GewAlternativen - sei im März 2001 gegründet worden. Sie selbst sei zwölf Jahre Opferschutzbeauftragte bei der Kreispolizeibehörde Borken gewesen und in dieser Funktion zur AG Täterarbeit gestoßen. Außerdem sei sie von der Gründung des Runden Tisches im Jahr 2001 bis zum Jahr 2014 Mitglied im Orga-Team des Runden Tisches gewesen. In diesem kreisweiten Zusammenschluss engagierten sich Fachkräfte unterschiedlicher Fachrichtungen, die direkt oder indirekt mit Fällen häuslicher Gewalt konfrontiert würden. Die Schirmherrschaft liege beim Landrat des Kreises Borken, Herrn Dr. Kai Zwicker.

Die Arbeitsgruppe Täterarbeit habe sich im Jahr 2003 gegründet. Sie bestehe aus Fachkräften aus den Bereichen Justiz, Bewährungshilfe, Gerichtshilfe, Jugendgerichtshilfe, Polizei, Männerberatung und Gewaltberatung des Vereins „Männer gegen Männergewalt Euregio e.V.“ Ziel sei es, die Täter dafür zu gewinnen, sich nach einer Gewalttat durch die Mitarbeiter des Vereins Männer gegen Männergewalt beraten zu lassen.

Häusliche Gewalt sei ein gesellschaftliches Problem und keine Privatsache. Sie finde überwiegend im engen sozialen Umfeld, also „zu Hause“, statt und betreffe überwiegend Frauen und Kinder. Für viele Opfer gehöre häusliche Gewalt zum Alltag. Betroffen seien Frauen und Kinder aus allen gesellschaftlichen Schichten. Es sei ein schleichender Prozess, bei dem Gewalthandlungen in der Regel an Häufigkeit und Intensität zunehmen. Weltweit sei häusliche Gewalt eines der größten Gesundheitsrisiken für Frauen und Kinder.

Das Gewaltschutzgesetz vom 01.01.2002 sowie die aktuelle Novellierung des Polizeigesetzes NRW hätten die Situation und den Schutz der Opfer häuslicher Gewalt deutlich verbessert.

Die Anzahl der angezeigten Straftaten habe sich seit dem Jahre 2002 (250) bis zum Jahr 2017 (622) deutlich erhöht. Dies bedeute aber nicht, dass es nun mehr Übergriffe gebe, sondern es sei ein Indiz dafür, dass sich mehr Opfer traute, die häusliche Gewalt anzuzeigen. Auch in der Gesellschaft und im Umfeld der Opfer habe sich etwas verändert bzw. sei ein Umdenken festzustellen. Täter seien zu ca. 80 % männliche Erwachsene, Opfer in der Mehrheit Frauen und Kinder.

**Herr Purz**, Gewaltberater beim Verein „Männer gegen Männergewalt Euregio e.V.“, führt weiter aus, dass durch die seit Mai 2011 bestehende Kooperation mit der Justiz und der Staatsanwaltschaft eine Steigerung der Täterberatungen zu verzeichnen sei. Er gibt sodann einen Überblick über die Konzeption des Vereins und die Ziele und Inhalte der Täterberatung.

Anhand eines „Gewaltkreislaufs“ stellt er anschaulich dar, wie sich die Gewaltspirale bei den Tätern entwickelt und wie in diesem Kontext die Arbeit eines Gewaltberaters aussieht (Anlage 1).

**Frau Hendriks** möchte wissen, wie hoch der Prozentsatz der Täter sei, die freiwillig und nicht durch die Auflagen der Gerichte bzw. Staatsanwaltschaften die Täterberatung in Anspruch nähmen.

**Herr Purz** berichtet, er könne hierzu keine prozentualen Angaben machen.

**Frau Röhrmann** interessiert, ob auch Täter mit der Absicht in die Beratung kämen, weitere Verfahren bzw. Strafen des Gerichts zu umgehen.

**Herr Purz** antwortet, dies könne er nicht bestätigen. Die Auflagen des Gerichts müssten zwar erfüllt werden, doch nicht wenige Männer kämen auch danach noch zur Beratung.

**Herrn Wendler** möchte wissen, welche Kosten für die Beratung entstünden, wie lange durchschnittlich eine Beratung daure und an welchen Orten die Beratungen durchgeführt würden.

**Herr Purz** erwidert, eine Beratungsstunde werde mit 55 Euro abgerechnet. Die durchschnittliche Dauer der Beratungen könne er nicht konkret beziffern, aber eine Beratung unter zehn Stunden mache in der Regel keinen Sinn. Es gebe auch Fälle, bei denen sich die Beratung über mehrere Jahre erstrecke. Beratungen würden in den Räumen der Bewährungshilfe in Ahaus stattfinden. In Gronau sei der Verein auf der Suche nach neuen, geeigneten Räumen. Zurzeit würden dort Hausbesuche durchgeführt.

**Frau Niemeyer** erkundigt sich, was passiere, wenn der Täter nicht die Verantwortung für seine Taten übernehmen wolle bzw. die Beratung nicht fruchte.

**Herr Purz** antwortet, diese Erfahrung habe er bislang noch nicht gemacht. Er habe die Männer immer „abholen und mitnehmen“ können. Sollte er das nicht schaffen, sei die Konsequenz für ihn, die Beratung abubrechen.

**Frau Demes** fragt nach, wann die Beratungsstunden durchgeführt würden.

**Herr Purz** erklärt, dass versucht werde, auf die Lebensumstände der Männer einzugehen. Schichtdienste und Arbeitszeiten würden beachtet. Nur an den Wochenenden würden keine Beratungstermine stattfinden.

**Herr Wendler** erkundigt sich, wer für die Pflege der Webseite von GewAlternativen zuständig sei.

**Frau Paßerschroer** antwortet, dass der Kreis Borken die Seiten pflege.

**Frau Lönker-Rduch** möchte wissen, warum die Opfer nach wie vor Zeugenaussagen machen bzw. die Übergriffe selbst anzeigen müssten.

**Frau Salthammer** erwidert, sobald die Polizei zu einer häuslichen Gewalttat gerufen werde, sei eine Strafanzeige die Folge. Die Sanktionierung der Täter hänge nach wie vor stark von der Mitarbeit bzw. Aussage der Opfer ab. Oftmals würden die Opfer von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen. Gründe hierfür seien die finanzielle Abhängigkeit vom Täter, Scham oder Angst davor, die gemeinsamen Kinder allein großziehen zu müssen. Der Leidensdruck der Opfer müsse schon sehr groß sein, damit eine Strafanzeige erstattet bzw. eine Zeugenaussage gemacht werde.

**Frau Nitsch** erkundigt sich, ob die Ärztinnen und Ärzte, die die Opfer konsultierten, bei Verdachtsmomenten die Polizei einschalten müssten.

**Frau Paßerschroer** antwortet, dies sei nicht der Fall. Allerdings müsste die Ärzteschaft weiter dahingehend sensibilisiert werden, auf Anzeichen häuslicher Gewalt zu achten. Dies sei ein Schwerpunkt der Arbeitsgruppe Gesundheit des Runden Tisches GewAlternativen.

Im Bocholter Krankenhaus seien zwei Ärztinnen im Bereich der anonymen Spurensicherung (ASS) geschult worden. Bei häuslicher und sexualisierter Gewalt würden die Spuren von den Ärztinnen dokumentiert und gesichert, dann durch einen Kurierdienst vom Krankenhaus abgeholt und in einem gerichtsmedizinischen Institut sicher aufbewahrt. Die Opfer könnten dann selbst bestimmen, ob und wann sie die Spuren in einem Strafverfahren als Beweismittel heranziehen möchten.

**Frau Demes** bedankt sich bei Frau Salthammer und Herrn Purz für die ausführlichen und interessanten Berichte.

**Punkt 2: Berufliche Förderung von Frauen bei der Berufsbildungsstätte Westmünsterland (BBS) in Ahaus  
- Sachstand und weitere Perspektiven -  
Refentin: Sonja Schaten, BBS Ahaus**

---

**Frau Schaten**, BBS Ahaus, erläutert den Sachstand und weitere Perspektiven der beruflichen Förderung von Frauen bei der Berufsbildungsstätte Westmünsterland (BBS) in Ahaus (Anlage 2).

Die Arbeit des Kompetenzzentrums Frau und Beruf sei Ende August - mit Ablauf des Bewilligungszeitraumes 2015 – 2018 - eingestellt worden. Hintergrund sei, dass anstelle der Netzwerkarbeit, die in der ersten Förderphase 2012 – 2015 im Mittelpunkt gestanden habe, in der zweiten Förderphase die Sensibilisierung von Unternehmen hin zu mehr Familienfreundlichkeit vom Ministerium als Förderschwerpunkt festgelegt worden sei. Viele der vom Kompetenzzentrum geplanten Projekte seien aus diesem Grund als nicht förderfähig eingestuft worden. Diese Tatsache habe insbesondere bei den Projektpartnerinnen der BBS - dem Frauenforum in Münster und dem Verein zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit im Kreis Warendorf - zu Unmut geführt. Deshalb sei die Entscheidung getroffen worden, sich nicht an einer Verlängerung auf weitere zwei Jahre zu beteiligen. Das Ministerium sei aber weiterhin daran interessiert, auch im Münsterland ein Kompetenzzentrum vorzuhalten und sei deshalb auf der Suche nach neuen Trägern.

Die BBS erhalte seit Schließung der Regionalstelle Frau und Wirtschaft im Jahr 2016 einen Kreiszuschuss in Höhe von 15.000 Euro jährlich für Angebote zur beruflichen Förderung und Unterstützung von Frauen. Seit 2012 sei ein Teil dieser Mittel (7000 Euro) zur Deckung des erforderlichen Eigenanteils in das Kompetenzzentrum Frau und Beruf geflossen. Da der Betrieb nun eingestellt worden sei, habe die BBS – in Abstimmung mit der Gleichstellungsbeauftragten – neue, bedarfsgerechte Angebote zur Beratung und beruflichen (Neu-) Orientierung von Frauen entwickelt. Im Mittelpunkt stünde hierbei die berufliche Förderung von Frauen mit Migrationshintergrund und geflüchteten Frauen. Geplant seien u.a. ein offenes Café als niedrigschwelliges Angebot, Mentoring, Einzelberatungen, Netzwerkarbeit und Öffentlichkeitsarbeit – immer in Abstimmung mit dem Kommunalen Integrationszentrum (KI) des Kreises Borken. Die BBS habe deshalb beantragt, die bisher für das Kompetenzzentrum zur Verfügung gestellten Kreismittel für das neue Projekt verwenden zu können.

**Frau Paßerschroer** schlägt dem Arbeitskreis vor, eine Empfehlung an den Kreistag auszusprechen, dass die Mittel, die bislang in das Projekt Frau und Beruf geflossen seien, nun in das neue Projekt für Migrantinnen und geflüchtete Frauen einfließen sollten. Die sich anschließende Abstimmung ergibt, dass alle Mitglieder des Arbeitskreises dem geplanten neuen Förderschwerpunkt zustimmen und dem Kreistag empfehlen, der Mittelverlagerung in der geplanten Form zuzustimmen.

---

**Punkt 3:        Verschiedenes**

---

**Punkt 3.1:      18. Fachtagung des Runden Tisches GewAlternativen**

---

Frau Paßerschroer weist auf die Fachtagung des Runden Tisches GewAlternativen hin, die am 28.11.2018 im Kreishaus stattfinden werde. Referentin sei die Islamwissenschaftlerin Frau Professorin Dr. Christine Schirmmacher. Sie werde zum Thema „Gewalterfahrungen von Frauen und Kindern aus nahöstlichen Gesellschaften: Was sagen Religion, Tradition und Rechtssystem?“ referieren.

**Punkt 3.2:      Frauenkalender 2019**

---

Der Frauenkalender vom Verein Gleichberechtigung und Vernetzung e.V. befasst sich in diesem Jahr mit dem Thema "Europa!". Frau Paßerschroer händigt allen Anwesenden ein Exemplar aus.

**Punkt 3.3:      Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen**

---

Frau Paßerschroer weist auf einige Veranstaltungen anlässlich des internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen hin. So werde am 22.11.2018 um 20.00 Uhr im Kino Borken ein Dokumentarfilm über die Schweizer Gynäkologin und Frauenrechtlerin Monika Hauser gezeigt. Am 26.11.2018 um 18.00 Uhr finde in der Martin-Luther-Kirche in Borken ein Gottesdienst zu dem Thema statt.

**Frau Röhrmann**, Sprecherin der AG Prävention des Runden Tisches, informiert darüber, dass am 25.11.2018 im Bocholter Kinodrom ein Film zum Thema häusliche Gewalt gezeigt werde. Der Kino-Sonntag starte mit einem Frühstück. Anschließend werde der Film „Die Ungehorsame“ mit Felicitas Woll und Marcus Mittermeier in den Hauptrollen gezeigt.

**Punkt 3.4:      Termine der Sitzungen des Arbeitskreises für die Gleichstellung von Frau und Mann im Jahr 2019**

---

Die Sitzungen des Arbeitskreises für die Gleichstellung von Frau und Mann finden im Jahr 2019 an folgenden Tagen statt:

- Montag,            **18.03.2019**, Raum 2162, 1. OG
- Dienstag,        **04.06.2019**, Kleiner Sitzungssaal, Raum 2182
- Mittwoch,        **11.09.2019**, Kleiner Sitzungssaal, Raum 2182
- Montag,            **11.11.2019**, Raum 2162, 1. OG

**Punkt 3.5: Anfragen**

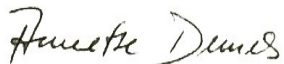
---

Herr Wendler erkundigt sich, ob inzwischen nähere Informationen zum Thema „Wohnungslosigkeit von Frauen“ (TOP 4.2 der Niederschrift vom 12.07.2018) im Kreis Borken vorlägen.

Frau Paßerschroer erwidert, dies sei noch nicht der Fall. Sie werde sich verwaltungsintern informieren und in einer der nächsten Sitzungen des Arbeitskreises berichten.

Vorsitzende Demes schließt die Sitzung.

gez.



---

Annette Demes  
(Vorsitzende)

---

Irmgard Paßerschroer  
(Schriftführerin)